

Frank Kuschel  
12.02.09

### **Beitragserhebung ausdrücklich hinterfragen**

„Wenn die Bundesregierung zurecht erkannt hat, dass es wenig Sinn macht, Konjunkturmaßnahmen auf den Weg zu bringen, die in der Folge die Bürger zusätzlich finanziell belasten, muss in Thüringen darüber nachgedacht werden, ob nicht die Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen zeitweilig ausgesetzt wird“, fordert der Kommunalpolitiker der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel.

Nach dem Willen des Bundes und der Länder soll es im Rahmen des Konjunkturpaketes keine Investitionsmaßnahmen im Bereich kommunaler Straßenausbau und Abwasserentsorgung geben. Bei derartigen Investitionen wird befürchtet, dass die Kommunen und Zweckverbände Ausbau- und Anschlussbeiträge erheben müssen. Dadurch würden Bürger in Größenordnungen zusätzlich finanziell belastet. Ziel des Konjunkturprogramms ist aber gerade eine finanzielle Entlastung der Bürger, um so deren Kaufkraft zu stärken.

„Dieses vernünftige Ziel ist in Thüringen gefährdet, weil Gemeinden und Zweckverbände für bereits getätigte und laufende Investitionen Beiträge erheben“, sagt Frank Kuschel. In der Summe gehe es dabei um Millionenbeträge. Beispielsweise würden in Arnstadt und Eisenach gegenwärtig Straßenausbaubeiträge erhoben. Die Abwasserzweckverbände in Bad Salzungen, Arnstadt, Gotha und Ilmenau erheben zurzeit Abwasserbeiträge oder haben dies angekündigt.

„In einer solchen Situation muss darüber diskutiert werden, ob es nicht geboten ist, diese Beitragserhebung zeitweilig auszusetzen“, regt der Landtagsabgeordnete an.

In der Vergangenheit seien in Thüringen jährlich rund 50 Millionen EUR Straßenaus- und Abwasserbeiträge erhoben wurden. Es gebe zwar Stundungsmöglichkeiten für diese Beiträge, jedoch belasteten selbst die Ratenzahlungen die Bürger erheblich und schmälerten Kaufkraft. Die Aussetzung der Beitragserhebung würde dem Land durch Zinserstattungen zwar rund 3 Millionen EUR jährlich kosten, andererseits aber den betroffenen Bürgern finanzielle Spielräume zur Belebung der Binnennachfrage eröffnen. Die Bürgerinitiativen haben einen vergleichbaren Vorschlag zur Diskussion gestellt. Gegenwärtig prüft die Linksfraktion Möglichkeiten für ein solches befristetes Beitragsmoratorium. Ein solches freiwilliges Moratorium habe es bereits 2004 gegeben, als die damalige Landesregierung vor den Landtagswahlen die Abschaffung der Wasserbeiträge in Aussicht stellte. „Das Moratorium müsste wegen seiner Bedeutung vom Landtag beschlossen werden und nicht nur als eine Geste der Landesregierung Wirkung entfalten“, so Frank Kuschel abschließend.